

Antrag

Fraktion der CDU
Fraktion der FDP

Hannover, den 14.02.2012

EU-Richtlinie über Bodenabfertigungsdienste darf nicht zu Wettbewerbsverzerrungen und sozialen Verwerfungen führen

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Europäische Kommission hat am 1. Dezember 2011 ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgestellt, welches dazu beitragen soll, die Kapazität der europäischen Flughäfen zu erhöhen, Verspätungen abzubauen und die Qualität der Dienstleistungen für Fluggäste zu verbessern.

Die Vorschläge zur Bodenabfertigung haben dabei zum Ziel, eine größere Auswahl an Bodenabfertigungslösungen zu erreichen, vollständige Marktöffnung für Selbstabfertigungen der Luftverkehrsunternehmen zu gewährleisten und die Anzahl der Dienstleister an Flughäfen über 5 Millionen Passagieren zu erhöhen. Der Flughafen wird dabei Koordinator der Bodenabfertigungsdienste. Das heißt, er ist für die Festlegung der Mindeststandards, die Verbesserung der Ausbildung und die Sicherung stabiler Beschäftigungsbedingungen verantwortlich.

Der Entwurf der EU-Kommission könnte zu gravierenden Auswirkungen für den internationalen Verkehrsflughafen Hannover-Langenhagen führen. Nach Ansicht von Betreibern, Gewerkschaften und Experten steht zu befürchten, dass negative Auswirkungen auf die Beschäftigung und Wettbewerbssituation der Bodenabfertiger eintreten könnten.

Die Qualifizierung der Beschäftigten hat gelitten. Das stößt sowohl auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite auf Ablehnung. Der Hannover-Airport und die Dienstleistungsgesellschaft Ver.di haben das Ende vergangenen Jahres in einem offenen Brief dargelegt.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung zusammen mit allen übrigen Bundesländern im Verkehrsausschuss des Bundesrates Ende Januar 2012 den Vorstoß der EU-Kommission abgelehnt hat.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

- mit der Bundesregierung in Kontakt zu bleiben, um die negativen Auswirkungen des geplanten Flughafenpakets auf die Bodenverkehrsdienste zu verhindern und dazu auch Kontakt mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments insbesondere aus Niedersachsen zu pflegen,
- gemeinsam mit den betroffenen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Niedersachsen die notwendigen Schritte abzustimmen und gegen die weitere Marktöffnung vorzugehen und
- sich im Bundesrat dafür einzusetzen, den Bereich der Bodenverkehrsdienste nur in angemessenem Maße zu öffnen.

Begründung

Im Rahmen des sogenannten Flughafenpaketes überarbeitet die EU-Kommission aktuell drei Richtlinien zu den Themen Bodenverkehrsdienste, Slots und Fluglärm und will damit über Jahre hinaus die Wettbewerbsstärke der heimischen Luftfahrt mitgestalten. Laut Vorschlag der EU-Kommission sollen künftig an Flughäfen mit über 5 Millionen Passagieren pro Jahr neben der Flughafengesellschaft zwei weitere, unabhängige Anbieter von Bodenverkehrsdiensten zugelassen werden.

Weitere Marktöffnungen werden jedoch nach überwiegender Ansicht von Betreibern, Gewerkschaften und Luftfahrtexperten zu negativen Auswirkungen für die gesamte Luftverkehrswirtschaft führen. Schon heute erwirtschaften führende Drittairlines keine Gewinne mehr. Die Möglichkeiten zur Prozessoptimierung sind zudem bei den Flughäfen weitestgehend ausgeschöpft. Mehr Wettbewerb auf dem Vorfeld führt nicht automatisch zu günstigeren Preisen und besserem Service, denn der zu verteilende Kuchen wächst nicht, sondern bleibt konstant. Dementsprechend würden die Marktanteile durch die Teilnahme weiterer Wettbewerber am Geschäft lediglich kleiner werden und zu zusätzlichem Preisdruck führen, was in diesem personalintensiven Geschäft auch den Mitarbeitern der Unternehmen Nachteile, z. B. durch Lohnsenkungen, bringen könnte.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für angemessene Arbeitsbedingungen, Tarifstandards und Qualität einschließlich der Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen gesichert werden. Dies ist nicht zuletzt im Sinne der Sicherheit des Flugverkehrs und der Passagiere.

Für die Fraktion der CDU

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion der FDP

Christian Dürr
Fraktionsvorsitzender